

William H. Hill

Moldau/Transnistrien: Fortschritte und politische Krise

Einführung

Die kontinuierlichen Fortschritte im Rahmen des „ergebnisorientierten“ Ansatzes der OSZE zur politischen Beilegung des Transnistrienkonflikts gehörte in den vergangenen Monaten nicht zu den wichtigsten Neuigkeiten aus Moldau. Stattdessen dominierte ein innenpolitischer Umbruch mit einem bislang ermutigenden Ausgang die Nachrichten des Landes im Jahr 2019. Die Parlamentswahlen im Februar erbrachten kein eindeutiges Ergebnis – die Legislative war fast zu gleichen Teilen zwischen drei konkurrierenden Blöcken aufgeteilt. Die meisten Beobachter gingen davon aus, dass vorgezogene Neuwahlen notwendig sein würden, doch kurz vor dem Ablauf der Frist für eine Regierungsbildung einigten sich die prorussische Partei der Sozialisten (*Partidul Socialiștilor din Republica Moldova*, PSRM) und das prowestliche Bündnis ACUM¹ auf eine Koalitionsregierung. Die zu jenem Zeitpunkt noch regierende Demokratische Partei (*Partidul Democrat din Moldova*, PDM), die von dem Oligarchen Vladimir Plahotniuc kontrolliert wird, versuchte eine Woche lang, sich an der Macht zu halten, indem sie das Verfassungsgericht manipulierte und sich weigerte, die Regierungsgebäude zu verlassen.

Als sowohl die Russische Föderation als auch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung für die neue Koalition erklärten, gab die PDM schließlich auf. Plahotniuc und einige seiner engsten Vertrauten flohen aus dem Land. In den drei Monaten seit ihrem Amtsantritt (Juni-September), konzentrierte sich die ungewöhnliche Koalition auf die „Deoligarchisierung“, ein Programm, das auf die Reform des Wahlsystems, der Justiz, der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie auf die Bekämpfung der Korruption abzielte. Die Bemühungen um die Beilegung des Transnistrienkonflikts wurden zwar fortgesetzt, hatten für die Koalition jedoch keine Priorität. Zwischen der PSRM- und der ACUM-Führung bestehen außerdem erhebliche Meinungsunterschiede über das weitere Vorgehen bei der Suche nach einer Lösung.

1 ACUM (deutsche Übersetzung: „Jetzt“) ist ein Wahlbündnis zwischen der Partei Plattform Würde und Wahrheit (*Partidul Platforma Demnităte și Adevăr*, PPDA) und der Partei Aktion und Solidarität (*Partidul Acțiune și Solidaritate*, PAS).

Der Prozess der Beilegung des Transnistrienkonflikts: kontinuierliche Fortschritte

Die Teilnehmer am Konfliktbeilegungsprozess, insbesondere die Vertreter Chişinău und Tiraspol, setzten bis Ende 2018/Anfang 2019 ihre intensiven Bemühungen fort und konnten dabei greifbare Ergebnisse erzielen. So wurden am 1. September 2018 international anerkannte, neutrale moldauische Kfz-Kennzeichen für die Bewohner der Region Transnistrien eingeführt. Danach trafen moldauische und transnistrische Unterhändler sowie die dreizehn Expertenarbeitsgruppen weiterhin regelmäßig zusammen, um die kontinuierliche Umsetzung der sechs seit November 2017 getroffenen Vereinbarungen sicherzustellen und auch bei den beiden verbleibenden Punkten des „Achter-Pakets“ – Telekommunikation und noch ausstehende Strafverfahren – Fortschritte zu erzielen.²

Als das Treffen des OSZE-Ministerrats in Mailand näher rückte, hatten sich die Arbeitsbeziehungen zwischen Chişinău und Tiraspol im Vergleich zu ihrem Stand von vor drei bis vier Jahren spürbar verändert. Der Autoverkehr rollte wieder über die Gura-Bîcului-Brücke, und schon bald würden Experten anfangen zu prüfen, ob und wie die Brücke auch den Schwerlastverkehr verkraften könnte. Acht Schulen, die die lateinische Schrift verwenden, waren in Transnistrien in Betrieb, ohne dass es die üblichen Zugangsprobleme für Schüler und Lehrer gab. Die Erteilung von Apostillen für in Transnistrien ausgestellte Diplome durch die moldauischen Behörden funktionierte reibungslos. Moldauische Bauern im Rajon Dubossary/Dubăsari hatten wieder regelmäßigen, ungehinderten Zugang zu ihren Feldern, die sich auf von Transnistrien kontrolliertem Gebiet befinden. Die Arbeitsgruppen hatten damit begonnen, ihre Beratungen über die Themen des „Achter-Pakets“ hinaus auf Bereiche wie Bankwesen, Pflanzenschutz, die Beglaubigung persönlicher Dokumente und Menschenrechte auszuweiten.³

Die drei Vermittler (Russland, Ukraine und die OSZE) und zwei Beobachter (die EU und die USA) hielten ihren Konsens und ihre effektive Zusammenarbeit während des gesamten Prozesses aufrecht. Auf dem Ministerratstreffen in Mailand am 6. und 7. Dezember 2018 legten sie – im vierten Jahr in Folge – erneut eine umfassende Erklärung zum Prozess der Beilegung des Transnistrienkonflikts vor. In einer Erklärung der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten wurden die seit 2018 erreichten Fortschritte noch einmal aufgezählt und begrüßt.⁴ Die Erklärung forderte die Konfliktseiten außerdem dazu auf,

2 Zu den Hintergründen siehe: William H. Hill, *Moldova/Transnistrien: Fortschritte und Rückschläge*, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 2018, Baden-Baden 2020*, S. 213-226.

3 Vgl. ebenda; eine gute Zusammenfassung findet sich auch in: Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), *Annual Report 2018*, Wien 2019, S. 68-69, unter: <https://www.osce.org/annual-report/2018>.

4 Vgl. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), *Ministerrat, Mailand 2018, Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der*

sich nicht nur um die Umsetzung aller Vereinbarungen zu bemühen, die im Protokoll des „5+2“-Treffens im Mai 2018 in Rom und in den Wiener (2017) und Berliner (2016) Protokollen festgelegt worden waren, sondern auch darum, greifbare Fortschritte in allen drei „Körben“ der für den Verhandlungsprozess vereinbarten Agenda, einschließlich politischer und sicherheitspolitischer Fragen, zu erzielen.

Die Mailänder Ministererklärung spiegelte auch den seit Langem bestehenden Konsens aller OSZE-Teilnehmerstaaten, einschließlich Russlands, wider, dass jede Form der Beilegung auf der Souveränität und territorialen Integrität Moldaus, mit einem Sonderstatus für Transnistrien, beruhen muss. Wie in den Jahren zuvor widersprach das transnistrische „Außenministerium“ diesem Punkt unverzüglich und verdeutlichte damit den tiefen Graben zwischen Tiraspol und Chişinău (und der internationalen Gemeinschaft) in grundlegenden politischen und sicherheitspolitischen Fragen. Die Erklärung Transnistriens kritisierte auch Moldaus Intervention in Mailand, vor allem in Bezug auf Forderungen, die russischen Friedenstruppen abzuziehen oder zu transformieren, sowie auf Sicherheitsfragen im Allgemeinen.⁵

Während Transnistrien auf seiner traditionellen Position beharrte, dass der Zweck des Konfliktlösungsprozesses darin bestehe, die Beziehungen zwischen zwei gleichberechtigten Partnern – Chişinău und Tiraspol – zu definieren und zu verbessern, nahmen die offiziellen Vertreter Transnistriens weiterhin aktiv und oft konstruktiv an den Arbeitsgruppen und anderen Treffen teil. Der designierte slowakische OSZE-Vorsitz drängte schon früh auf weitere Fortschritte im Konfliktlösungsprozess. Der neue Amtierende Vorsitzende, Außenminister Miroslav Lajčák, besuchte Moldau bereits am 19. Januar 2019, nur eine Woche, nachdem er sein Amt offiziell angetreten hatte. Lajčák sicherte seine Unterstützung und die der OSZE zu und erklärte: „Wir müssen weiterhin kleine konkrete Schritte nach vorn machen. Einige der Fortschritte, die wir gesehen haben, waren vor ein paar Jahren fast unvorstellbar. Je mehr wir in einen Dialog eintreten, desto mehr Vertrauen werden wir aufbauen.“⁶ Um die Kontinuität des Prozesses zu gewährleisten, behielt der slowakische Vorsitz den ehemaligen italienischen Außenminister Franco Frattini als Sonderbeauftragten für den Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts bei.

Trotz der dunklen politischen Wolken, die sich über Moldau zusammensetzten, setzte die OSZE im Winter 2018/2019 und im Frühjahr 2019 ihre produktive Zusammenarbeit mit den moldauischen und transnistrischen Unterhändlern

Transnistrien-Frage im „5+2“-Format, MC.DOC/1/18, 7. Dezember 2018, unter: <https://www.osce.org/chairmanship/405917>.

- 5 Vgl. Ministerstvo Inostrannykh Del Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki, Zajavlenie Ministerstva inostrannykh del PMR [Außenministerium der Transnistrischen Moldauischen Republik, Erklärung des Außenministeriums der TMR], 7. Dezember 2018, unter: <http://mfa-pmr.org/ru/QvR>.
- 6 OSCE, OSCE Chairperson-in-Office Lajčák, on official visit to Moldova, says advancing Transnistrian Settlement Process high on Slovak Chair's agenda, Chişinău, 19. Januar 2019, unter: <https://www.osce.org/chairmanship/409467> (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

und offiziellen Vertretern fort. Der Großteil der Arbeit verlief relativ unauffällig; dazu gehörten die Implementierung bestehender Vereinbarungen, die Erörterung der Details einzelner Verhandlungsthemen und die zunehmende Festlegung anderer Bereiche, in denen beide Seiten von direkten Kontakten und praktischer Zusammenarbeit profitieren könnten. Claus Neukirch, Leiter der OSZE-Mission in Moldau, intervenierte mehrfach öffentlich, um diverse Brandherde zu löschen, wie z.B. Spannungen, die durch von den transnistrischen Behörden verhängte Zugangsbeschränkungen zu der von Moldau kontrollierten Stadt Varnita in der Region Benderly und durch die Eröffnung eines „soziokulturellen Zentrums“ in Moskau durch Tiraspol entstanden waren.⁷ Nach mehrmonatiger Bearbeitung dieser Fragen konnte Neukirch Anfang Mai die Lösung des Varnita-Problems⁸ und Ende Mai auch Chişinău Bereitschaft zur Beglaubigung von Personenstandsunterlagen der Einwohner Transnistriens wie Heirats-, Scheidungs-, Geburts- und Sterbeurkunden begrüßen.⁹ Der Sonderbeauftragte Frattini besuchte Moldau am 10. und 11. Mai und drängte bei seinen Treffen mit führenden Politikern beider Seiten auf weitere Fortschritte. Er stellte außerdem ein formelles 5+2-Treffen in Bratislava zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres in Aussicht.¹⁰

Parlamentswahlen in Moldau: Ein Sturm zieht auf

Moldau hatte sich in den vergangenen fünf Jahren in einem Zustand politischer Unruhe befunden, doch mit dem Näherrücken der für Februar 2019 angesetzten Parlamentswahlen wurde die Lage noch schlimmer. Die Parlamentswahlen von 2014 fielen mit dem sogenannten „Diebstahl des Jahrhunderts“ zusammen – dem Verschwinden von rund einer Milliarde Dollar aus drei moldauischen Banken durch betrügerische, faule Kredite und Insider-Manipulationen. Die moldauische Wirtschaft erholte sich schließlich – die politischen Strukturen des Landes haben dies jedoch wohl nie getan. Vladimir Plahotniuc PDM baute ihre Vertretung im Parlament allmählich aus, bis schließlich im Januar 2016 eine von der PDM dominierte Regierungskoalition unter Ministerpräsident Pavel Filip gebildet wurde – unter lautstarkem Protest sowohl linker als auch rechter Demonstranten.

7 Vgl. OSCE, OSCE Head of Mission calls on the Sides to the Transnistrian settlement to keep to the course of constructive interaction and confidence building, Chişinău, 31. Januar 2019, unter: <https://www.osce.org/mission-to-moldova/410564>.

8 Vgl. OSCE, Head of OSCE Mission to Moldova welcomes commitment by leaderships of both Sides to continue constructive dialogue, underpinned by concrete steps, Chişinău, 13. Mai 2019, unter: <https://www.osce.org/mission-to-moldova/419408>.

9 Vgl. OSCE, Head of OSCE Mission praises decision by Moldova's Government to certify civil status facts of Transnistrian residents, Chişinău, 29. Mai 2019, unter: <https://www.osce.org/mission-to-moldova/421175>.

10 Vgl. OSCE, Visiting Moldova, OSCE Chair's Special Representative Franco Frattini urges Sides to step up efforts to maintain positive dynamic in settlement process, Chişinău, 11. Mai 2019, unter: <https://www.osce.org/mission-to-moldova/419276>.

Die Regierung Filip beendete damit das sich in den Jahren 2014-2015 immer schneller drehende Karussell von Regierungen und Ministerpräsidenten und bekannte sich zu einer proeuropäischen Haltung. Jedoch führten die immer offensichtlichere Dominanz Plahotniucs, demokratische Rückschritte und die ausufernde Korruption – versinnbildlicht durch das Versagen, Mitglieder der Elite zu identifizieren und zu bestrafen, die eindeutig in den „Diebstahl des Jahrhunderts“ verwickelt oder dafür verantwortlich waren – zu einer weit verbreiteten Desillusionierung in Moldau selbst und zum Bruch mit seinen wichtigsten internationalen Partnern. Als PDM-nahe Richter schließlich den Wahlsieg des Vorsitzenden der Partei Plattform Würde und Wahrheit (*Partidul Platforma Demnită și Adevăr*, PPDA), Andrei Năstase, bei der Bürgermeisterwahl in Chișinău im Sommer 2018 annullierten, entlud sich die Empörung der Bevölkerung über Plahotniucs „vereinnahmten Staat“ in Massenprotesten.

Plahotniuc griff auf eine breite Palette von administrativen Ressourcen und Maßnahmen zurück, um seine Finanzen abzusichern und seine Unterstützung zu stärken. Umstrittene Gesetze über die „Staatsbürgerschaft gegen Geld“ und eine Kapitalamnestie sollten dem Entzug der EU-Hilfen entgegenwirken. Nachdem er das Wahlsystem bereits 2017 gegen die Einwände der internationalen Partner Moldaus geändert hatte, hielt Plahotniuc parallel zu den Wahlen im Februar 2019 ein Referendum über die Reduzierung der Zahl der Abgeordneten im Parlament von 101 auf 61 ab. Unterdessen bemühte sich die PDM-Regierung die Unterstützung Washingtons zu gewinnen, indem sie das alte, verfallene Republikanische Stadion (*Stadionul Republican*) im Zentrum von Chișinău zum Standort für eine neue amerikanische Botschaft auserkor.¹¹

Der Wahlkampf war aufgeheizt, kompetitiv, und von einer nach Ansicht vieler langjähriger Beobachter der moldauischen Politik vergleichsweise hohen Zahl von Beschwerden und Verstößen gegen die Wahlordnung geprägt.¹² Plahotniucs PDM und die mit ihr verbündete Schor-Partei – das Vehikel von Ilan Schor, Oligarchen-Kollege und Bürgermeister von Orhei – gaben enorme Summen für den Wahlkampf aus, insgesamt rund dreimal so viel wie alle anderen Parteien zusammen, die für die Wahl registriert waren.¹³ Die PDM wurde vielfach beschuldigt, staatliche Mittel, Gelder für lokale Projekte sowie Druck zur Unterstützung ihres Wahlkampfes eingesetzt zu haben. Die Zentrale Wahlkommission, von der gemeinhin angenommen wird, dass sie unter dem

11 Zumindest lautete so eine weitverbreitete Auffassung in Chișinău. Vgl. Mihai Popșoi, State of Play Ahead of Moldova's Parliamentary Elections, in: Eurasia Daily Monitor, 14. Dezember 2018, unter: <https://jamestown.org/program/state-of-play-ahead-of-moldovas-parliamentary-elections/>.

12 Vgl. European Parliament/OSCE ODIHR/OSCE PA/Parliamentary Assembly of the Council of Europe, International Election Observation Mission: Republic of Moldova – Parliamentary Elections, 24 February 2019, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, Preliminary Conclusions, unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/moldova/412346>. Auch ich gelangte aufgrund meiner Erfahrungen, die ich bei der Verfolgung von Wahlkämpfen und Wahlen in Moldau seit 1998 gemacht habe, zu dieser Schlussfolgerung.

13 Vgl. die moldauische Wahl-Website Alegerile parlamentare din 2019 în Republica Moldova, [alegeri.md](http://alegeri.md/w/Alegerile_parlamentare_din_2019_%C3%AEn_Republica_Moldova), unter: http://alegeri.md/w/Alegerile_parlamentare_din_2019_%C3%AEn_Republica_Moldova.

Einfluss der PDM stand, verwarnte dennoch formell die PSRM und Igor Dodon, da der Präsident angeblich gegen die Überparteilichkeit seines Amtes verstoßen hatte, indem er offen seine Sympathie für die Sozialistische Partei bekundet hatte.¹⁴

Die PSRM erhielt klare und deutliche Unterstützung von Moskau. Präsident Dodon traf regelmäßig mit Präsident Wladimir Putin zusammen und betonte stets, dass Moldau gute Beziehungen und enge wirtschaftlich Verbindungen mit Russland brauche.¹⁵ Bei einem Treffen mit Dodon am 30. Januar erklärte sich Putin bereit, eine Ausnahme von der derzeitigen russischen Praxis zu machen und moldauischen Gütern bei der Ausfuhr nach Russland den Transit durch die Ukraine zu gestatten – ein klares wahltaktisches Zugeständnis an seinen moldauischen Amtskollegen.¹⁶ Das russische Außenministerium übte in einer ungewöhnlichen Abweichung von dem im 5+2-Format vorherrschenden Einvernehmen scharfe Kritik an der angeblichen Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten Moldaus, nachdem US-Botschafter Dereck J. Hogan einen eher harmlosen und unparteiischen Aufruf an Moldau gerichtet hatte, freie und faire Wahlen abzuhalten.¹⁷

Bei früheren Wahlen hatten sich Plahotniuc und die PDM als prowestlich und der europäischen Integration verpflichtet präsentiert. Angesichts der sich kontinuierlich verschlechternden Beziehungen zur EU, die in einer formellen Verurteilung durch das Europäische Parlament im Jahr 2018 und der Aussetzung von Wirtschaftshilfen gipfelten, definierte Plahotniuc seine Partei neu und bezeichnete sie als „promoldauisch“. Der nicht geringe Teil der moldauischen Bevölkerung, der engere Beziehungen zum Westen und insbesondere zur EU befürwortete, ging dazu über, zwei neue Parteien zu unterstützen, die aus den Demonstrationen gegen die Regierung im Winter 2016 hervorgegangen waren:

-
- 14 Vgl. European Parliament/OSCE ODIHR/OSCE PA/Parliamentary Assembly of the Council of Europe, a.a.O. (Anm. 12), S. 14; vgl. ebenso Parliamentary Elections 2019: Party of Socialists was sanctioned by CEC with warning, Publika, 9. Februar 2019, unter: https://en.publika.md/parliamentary-elections-2019-party-of-socialists-was-sanctioned-by-cec-with-warning_2655751.html.
 - 15 Vgl. Anna Nemtsova, As Elections Approach, Moldova's President Tries to Prove He's Putin's Mini-Me No More, Daily Beast, 19. Februar 2019, aktualisiert am 15. Juni 2019, unter: <https://www.thedailybeast.com/as-elections-approach-moldovas-president-tries-to-prove-hes-putins-mini-me-no-more>; siehe auch: Vadim Ghirda, AP interview: Moldova president says country needs Russia, AP News, 21. Februar 2019, unter: <https://www.apnews.com/e69fb771689c47dbbe3561338bfe98a4>.
 - 16 Vgl. Dodon, Putin agree on Moldovan goods' supplies to Russia via Ukraine, Kyiv Post, 30. Januar 2019, unter: <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/dodon-putin-agree-on-moldovan-goods-supplies-to-russia-via-ukraine.html?cn-reloaded=1>.
 - 17 Vgl. U.S. Embassy in Moldova, Ambassador Hogan's speech at FRISPA, MSU: A Crucial Test – Moldova's Parliamentary Elections and Future Relations with the United States, 5. Februar 2019, unter: <https://md.usembassy.gov/ambassador-hogan-delivers-a-speech-at-frishpa-a-crucial-test-moldovas-parliamentary-elections-and-future-relations-with-the-united-states/>; siehe auch: Ministerstvo inostrannykh del Rossiskoj Federacii [Außenministerium der Russischen Föderation], Kommentari Departamenta informacii i pečati MID Rossii v svjazi s vovlečennoš'ju SŠA v predvybornuju situaciju v Moldavii [Kommentar der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums zur Einmischung der USA in die Lage vor den Wahlen in Moldau], 12. Februar 2019, unter: http://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/3513260.

die Partei Aktion und Solidarität (*Partidul Actiune și Solidaritate*, PAS), deren Vorsitzende die frühere Weltbankberaterin und Präsidentschaftskandidatin von 2016 Maia Sandu ist, und die PPDA unter dem Vorsitz von Andrei Năstase, dem Anführer der Proteste von 2015 und Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters von Chișinău im Jahr 2018. Für die Wahlen von 2019 schlossen sich die PAS und die PPDA zu dem Wahlbündnis ACUM zusammen. Zwar war ACUM der prorussischen Ausrichtung der PSRM gegenüber deutlich kritisch eingestellt, jedoch galt das Hauptaugenmerk des Bündnisses der „Deoligarchisierung“ des Landes, die sich vor allem gegen Plahotniuc und die PDM richtete.¹⁸

Angesichts der Tatsache, dass das neue Wahlsystem nun 51 Einerwahlkreise umfasste und die übrigen 50 Abgeordneten aus landesweiten Parteilisten gewählt wurden, sagten die meisten Beobachter voraus, dass die PDM und die PSRM die meisten Direktmandate erhalten und somit das nächste Parlament dominieren würden. Die Wahlergebnisse waren daher eine Überraschung.

Die PSRM kam bei den landesweiten Wahlen mit 31,15 Prozent der etwas mehr als 1,45 Millionen abgegebenen Stimmen auf Platz eins.¹⁹ Die große Überraschung war jedoch das Abschneiden des proeuropäischen Wahlbündnisses ACUM, das mit 26,84 Prozent – und somit deutlichem Vorsprung vor der PDM mit 23,62 Prozent der Stimmen – den zweiten Platz belegte. Die einzige andere Partei, die es über die Fünf-Prozent-Hürde schaffte, war die Schor-Partei unter der Führung des Oligarchen und Bürgermeisters von Orhei Ilan Schor mit 8,32 Prozent der landesweiten Stimmen. Auch die Ergebnisse in den Einerwahlkreisen waren einigermaßen überraschend. Wie erwartet schnitt die PSRM gut ab und gewann 17 der 51 zu vergebenden Direktmandate. Das Ergebnis der PDM entsprach mit nur 17 gewonnenen Wahlkreisen jedoch nicht den Erwartungen. Das Wahlbündnis ACUM gewann zwölf Direktmandate, allesamt in der Umgebung von Chișinău und in den beiden Auslandswahlkreisen in Westeuropa und Nordamerika.

Die Wahlbeobachtungsmission des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) kam zu dem Schluss, dass „die Parlamentswahlen vom 24. Februar 2019 kompetitiv waren und die Grundrechte im Allgemeinen geachtet wurden“.²⁰ Viele langjährige Beobachter hielten sie jedoch für die schmutzigste Wahl in der Geschichte des unabhängigen, postsowjetischen Moldaus, und das gelte für den Wahltag im Besonderen. Der Bericht des OSZE/BDIMR hielt fest: „Der Wahlkampf fand vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit mit den staatlichen Institutionen statt und war von Vorwürfen der

18 Vgl. William H. Hill, *Moldova's Upcoming Election: What's at Stake?*, Kennan Institute, The Russia File, 14. Februar 2019, unter: <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/moldovas-upcoming-election-whats-stake>.

19 Zu den Wahlergebnissen siehe die moldauische Wahl-Website unter: http://alegeri.md/w/Alegerile_parlamentare_din_2019_%C3%AEn_Republica_Moldova#Rezultatele_alegerilor; sowie die IFES-Website unter: <http://www.electionguide.org/elections/id/3120/>.

20 European Parliament/OSCE ODIHR/OSCE PA/Parliamentary Assembly of the Council of Europe, a.a.O. (Anm. 12), S. 1.

Ausübung von Druck auf öffentliche Bedienstete, deutlichen Hinweisen auf Stimmenkauf und den Missbrauch staatlicher Ressourcen überschattet.²¹ Berichte und Videos über organisierte Busfahrten, mit denen Wähler aus der Region Transnistrien zu den Wahlurnen gebracht wurden, waren weit verbreitet und wurden in den sozialen Medien hochgeladen. Viele dieser Wähler behaupteten, für ihre Stimme bis zu 20 Euro erhalten zu haben. Ungeachtet aller Beschwerden wurden die Wahlergebnisse relativ schnell von allen Kandidaten akzeptiert.

Die schlimmsten Befürchtungen der Opposition bewahrheiteten sich jedoch nicht, da es weder zu einem klaren Sieg der PDM, noch zu einer Allianz von PDM und PSRM kam. Die Sitzverteilung deutete vielmehr auf ein Parlament in der Schwebe („*hung parliament*“) hin, in dem es für alle Parteien äußerst schwierig werden würde, eine Mehrheitskoalition zu bilden:

PSRM	35
PDM	30
ACUM	26
Schor-Partei	7
Unabhängige	3

Selbst wenn die Schor-Partei und die unabhängigen Abgeordneten allesamt mit der PDM stimmen würden, müsste Plahotniuc entweder mit den Sozialisten oder den Parteien des ACUM-Bündnisses eine Einigung erzielen, um eine Regierung bilden zu können.

Vom Stillstand in die Krise: die Regierungsbildung

Die Wahlergebnisse wurden am 9. März von der Zentralen Wahlkommission bestätigt. Einige Wochen später trat das neue Parlament zusammen, um sich an die Aufgabe zu machen, eine Parlamentsmehrheit zu bilden, die Parlamentsbeamten zu bestimmen und eine neue Regierung zu wählen. Währenddessen blieb Filip in der Rolle eines Verwalters im Amt. Jeder der drei Hauptakteure – die PDM, PSRM und ACUM – hatte ernsthafte Vorbehalte gegen Verhandlungen oder eine Zusammenarbeit mit den beiden anderen, sodass sich der Vorgang in die Länge zog und sich als schwierig erwies. Von den drei Parteien waren Plahotniuc und die PDM am ehesten bereit, sich auf einen Deal einzulassen, während ACUM sich besonders unnachgiebig zeigte und sich weigerte, überhaupt mit Plahotniuc zu verhandeln, und auch gegenüber der moskaufreundlichen Orientierung der PSRM äußerst misstrauisch war.

21 Ebenda.

Die PSRM-Führung beriet sich regelmäßig mit Moskau. Einmal reisten angeblich alle PSRM-Abgeordneten zu Konsultationen nach Moskau. Die russische Führung drängte auf eine Koalition gegen Plahotniuc. Die russischen Behörden hatten während des Wahlkampfes zwei neue Klagen wegen Geldwäsche gegen den PDM-Vorsitzenden eingereicht. Besonders bemerkenswert war, dass der bekannte russische Fernsehjournalist Dmitri Kisseljow Ende März in einem wöchentlichen Nachrichtenüberblick mehrere Minuten seiner Sonntagabendsendung dazu nutzte, die PSRM vor einem Schulterchluss mit Plahotniuc und der PDM zu warnen, und eine solche mögliche Koalition als „vergifteten Apfel“ bezeichnete.²² Die PSRM und ACUM loteten mehrere Wochen lang behutsam die Möglichkeit einer Koalition aus, wobei ACUM den Wunsch hervorhob, sich vorrangig, wenn nicht gar ausschließlich, der „Deoligarchisierung“ des Landes zu widmen.

Ende Mai erwarteten die meisten Moldauer und auch außenstehende Beobachter, dass die Pattsituation anhalten und irgendwann im Herbst zu vorgezogenen Neuwahlen führen würde. Doch in der Woche vor dem 9. Juni, dem Tag, an dem die Frist für die Regierungsbildung ablief, überschlugen sich plötzlich die Ereignisse. Am 3. Juni reisten der stellvertretende russische Ministerpräsident Dmitri Kosak, der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn und der Direktor des Büros für osteuropäische Angelegenheiten des US-Außenministeriums Brad Freden gleichzeitig nach Chişinău und trafen dort mit Vertretern aller drei Parteien und der Regierung sowie mit Präsident Dodon zusammen. Im Anschluss an diese Treffen begannen ACUM und die PSRM ernsthaft miteinander zu verhandeln und gaben am 8. Juni ihre Einigung auf die Bildung einer Koalition bekannt.²³

Plahotniuc und die PDM weigerten sich, die neue Koalition anzuerkennen, und die PDM-Übergangsregierung weigerte sich, die Regierungsbüros und -gebäude zu verlassen. Während die neuen ACUM-PSRM-Minister im Parlamentsgebäude tagten, umzingelten Schlägertypen in ziviler Kleidung andere öffentliche Gebäude und unterstützten Plahotniucs Versuch, an der Macht zu bleiben. Ein willfähriges, von der PDM dominiertes Verfassungsgericht entschied praktischerweise, dass die Koalitionsvereinbarung zu spät zustande gekommen sei und dass der Präsident verpflichtet sei, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Die moldauische Verfassung sieht vor, dass der Präsident das Parlament auflösen „kann“, wenn nach einer Frist von drei Monaten keine

22 Ein Video von Kisseljows Verbalattacke vom 31. März wurde am 1. April auf der moldauischen Nachrichten-Website „NewsMaker“ veröffentlicht. Vgl. „Otravlenoe jabloko pokatilos' k Dodonu.“ Moskva otkryla ogon' po ,svoim' [„Der vergiftete Apfel rollte auf Dodon zu.“ Moskau hat das Feuer auf „seine eigenen Leute“ eröffnet], NewsMaker, 1. April 2019, unter: <https://newsmaker.md/rus/novosti/otravlenoe-yabloko-pokatilos-k-dodonu-moskva-otkryla-ogon-po-svoim-42710>.

23 Vgl. Alexander Tanas/Matthias Williams, Moldovan parties agree to form government after months of deadlock, Reuters, 8. Juni 2019, unter: <https://www.reuters.com/article/us-moldova-politics/moldovan-parties-agree-to-form-government-after-months-of-deadlock-idUSKCN1T90MT>.

Regierung gebildet werden kann – und das Gericht entschied, dass dies 90 Tage und nicht drei Kalendermonate bedeute.

Die internationale Gemeinschaft demonstrierte ungewohnte Einigkeit: Die Russische Föderation, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten meldeten sich zu Wort, um die PSRM-ACUM-Koalition zu unterstützen und Plahotniuc und die PDM aufzufordern, das Gesetz zu achten und die Macht abzugeben.²⁴ Dies dauerte etwa eine Woche, bis am 14. und 15. Juni die Funktionäre und Helfer der PDM die Regierungsgebäude räumten und sich bereit erklärten, in die Opposition zu gehen. Plahotniuc, Schor und einige ihrer Unterstützer verließen Chişinău und flohen offenbar ins Ausland. (In einem Video, das am Unabhängigkeitstag der Republik Moldau im August verschickt wurde, ist Schor in Israel zu sehen. Plahotniucs Aufenthaltsort ist offiziell weiterhin unbekannt, obwohl er auf Facebook aktiv ist und sich Gerüchten zufolge in Florida aufhält.²⁵)

In der neuen Regierung übernahm die PSRM die Posten des Parlamentspräsidenten, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten für Reintegration (das Ressort, das für die Gespräche über die Beilegung des Transnistrienkonflikts zuständig ist), des Verteidigungsministers und des Leiters des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes (*Serviciul de Informații și Securitate al Republicii Moldova*, SIS). ACUM erhielt die meisten Ministerposten, darunter die Posten des Ministerpräsidenten, des Außenministers und des Innenministers. Einige der ACUM-Minister, wie Außenminister Nicu Popescu und Finanzministerin Natalia Gavrilița, hatten zuvor im Ausland internationale Ämter inne. Die neugewählte Ministerpräsidentin Maia Sandu räumte ein, dass die Koalition aus PSRM und ACUM keine „natürliche Partnerschaft“ sei, und erklärte, das Hauptziel sei es, die Korruption zu bekämpfen, die Folgen der oligarchischen

24 Es gab zahlreiche Erklärungen von Regierungen, internationalen Organisationen und der Presse auf der ganzen Welt, die die ACUM-PSRM-Koalition unterstützten und die Weigerung der PDM, die Macht zu übergeben, verurteilten. Siehe z.B. EU External Action Service, Statement by High Representative/Vice President Federica Mogherini and Commissioner Johannes Hahn on the political situation in the Republic of Moldova, Brüssel, 9. Juni 2019, unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/63826/statement-high-representativevice-president-federica-mogherini-and-commissioner-johannes-hahn_en; U.S. Department of State, Moldovan Elections, Press Statement, Morgan Ortagus, Department Spokesperson, Washington, DC, 9. Juni 2019, unter: <https://www.state.gov/moldovan-elections/>; Swiss Cooperation in Moldova, 10. Juni 2019, unter: <https://www.facebook.com/SwissCooperationMoldova/posts/2>; The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Statement by the Foreign Ministry in connection with the events in the Republic of Moldova, 10. Juni 2019, unter: <https://www.mid.ru/en/web/guest/maps/md/-/asset-publisher/dfOotO3QvCij/content/id/3677863>; Foreign & Commonwealth Office, Press Release, Republic of Moldova: joint statement by the UK, France, Germany, Poland, and Sweden, 10. Juni 2019, unter: <https://www.gov.uk/government/news/joint-statement-on-the-republic-of-moldova-by-the-uk-france-germany-poland-and-sweden>.

25 Eine Darstellung der Ereignisse in Chişinău im Juni 2019 findet sich in: William H. Hill/David J. Kramer, The Fight for the Poorest Country in Europe, in: The American Interest, 2. Juli 2019, unter: <https://www.the-american-interest.com/2019/07/02/the-fight-for-the-poorest-country-in-europe/>.

Kontrolle im Land rückgängig zu machen und die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen.²⁶ Sowohl die ACUM- als auch die PSRM-Führung stellten fest, dass es sich lediglich um ein zeitlich begrenztes Arrangement handle (jedoch ohne dass man sich auf eine bestimmte Dauer oder ein bestimmtes Enddatum festgelegt habe). Sie erklärten, sich auf innenpolitische Reformen konzentrieren zu wollen und geopolitische Themen, bei denen es leicht zu einem Bruch zwischen den Partnern kommen könnte, zu vermeiden.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift des vorliegenden Beitrags scheint es für eine solide Bewertung der Ergebnisse und der Aussichten dieser ungewöhnlichen Ost-West- und Links-Rechts-Koalition noch zu früh zu sein. Internationale Unterstützung kommt von fast allen Seiten und ist geradezu enthusiastisch – einer der seltenen Fälle, in denen sich die EU, die Vereinigten Staaten und Russland anscheinend immer noch einig sind. Die neue Regierung konzentriert sich auf einige wenige allgemeine Themenbereiche. Eine der ersten Prioritäten war die Verabschiedung eines Gesetzes, mit dem die „Wahlreform“ von 2017 abgeschafft und wieder ein landesweites Verhältniswahlssystem eingeführt wurde.²⁷ Die Besetzung öffentlicher Stellen ist nach wie vor ein wichtiges Thema, mit dem man sich nach und nach befasst. Die gesamte personelle Besetzung des Verfassungsgerichts wurde ausgetauscht, und Kandidaten für die Staatsanwaltschaft werden überprüft. Verschiedene dubiose Geschäfte zwischen Politik und Wirtschaft aus der Ära Plahotniuc werden entflochten, gleichzeitig wird im Zusammenhang mit dem „Diebstahl des Jahrhunderts“ von 2014 mit größerem Nachdruck ermittelt.

Auf dem Weg zur Koalition gab es einige Hürden. So waren z.B. die ACUM-Abgeordneten empört, als ein Vertreter der PSRM innerhalb kurzer Zeit zum Vorsitzenden des neuen Verfassungsgerichts gewählt wurde – offenbar hatte einer der ACUM-Richter in der geheimen Wahl für ihn gestimmt. (Da nur sechs Richter stimmberechtigt waren und die politische Ausrichtung der Richter allseits bekannt war, erwarteten die meisten, dass der Ernennung Verhandlungen vorausgehen würden.) Mehrere Abgeordnete beider Parteien haben die weitere Formalisierung der Koalitionsvereinbarung sowie Ergänzungen gefordert, was zumeist mit dem ausdrücklichen Wunsch einherging, diese beispiellose Übereinkunft stabiler und dauerhafter zu machen. Eine Einladung von Präsident Dodon an den russischen Verteidigungsminister Sergei Schoigu, an den Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der Befreiung Chişinău durch die sowjetische Streitkräfte am 24. August teilzunehmen, führte zu einer Rüge von

26 Vgl. Congressional Research Service, *Moldova: An Overview*, 11. Juli 2019, unter: <https://fas.org/sgp/crs/row/IF10894.pdf>.

27 Einen kurzen Überblick über die verabschiedeten Reformmaßnahmen gibt die noch relativ neue Reihe wöchentlicher Berichte (*Moldova Weekly*) auf sic.md, einer neuen moldauischen Website für Nachrichten und öffentliche Angelegenheiten, die von der Soros-Stiftung und dem Black Sea Trust unterstützt wird. Die meisten Nachrichten auf der Website sind in rumänischer Sprache. Die englischsprachige wöchentliche Reihe begann am 10. August 2017; siehe auch: <https://sic.md/en/>.

Ministerpräsidentin Sandu, die bemängelte, dass die Regierung nicht konsultiert worden war und der Besuch somit lediglich persönlicher, nicht aber offizieller Natur gewesen sei.²⁸

Trotz solcher Irritationen scheint sowohl der Führung von ACUM als auch derjenigen der PSRM ernsthaft daran gelegen zu sein, die Koalition handlungsfähig zu machen und den Winter über fortzusetzen. Auch die internationale Unterstützung für die gegenwärtige Regierung scheint weiterhin stark zu sein. Präsident Dodon reiste Anfang September nach Moskau, um Gespräche über den Gaspreis und den Umfang der Gaslieferungen Russlands an Moldau zu führen. Außenminister Popescu kam anschließend zu einem offenbar konstruktiven Treffen mit seinem russischen Amtskollegen zusammen, von dem es allgemein heißt, es diene der Vorbereitung auf den Besuch von Ministerpräsidentin Sandu in Moskau. In der Zwischenzeit wird Sandu nach einer Verzögerung aufgrund von Terminschwierigkeiten auf amerikanischer Seite voraussichtlich Mitte September nach Washington reisen. Die erfolgreiche Links-Rechts-Kooperation in Chişinău ist längst kein Novum mehr, auch wenn sie – angesichts der oftmals turbulenten jüngsten politischen Vergangenheit – nach wie vor doch etwas überraschend ist.

Die OSZE und der Prozess der Beilegung des Transnistrienkonflikts: Wie geht es weiter?

Die Beilegung des Transnistrienkonflikts hat weder für ACUM im Allgemeinen noch für Ministerpräsidentin Sandu im Besonderen oberste Priorität. Bedenkt man, welche Bedeutung sie und ihre ACUM-Kollegen der Bekämpfung von Korruption und dem Vorgehen gegen die Oligarchen beimessen, ist das auch nicht überraschend. Zudem geht Sandus Erfahrung mit dem Transnistrien-Ressort vor allem auf ihre frühere Amtszeit als Bildungsministerin zurück, in der sie sich hauptsächlich mit den Problemen befassen musste, die Tiraspol den acht Schulen am linken Ufer, die die lateinische Schrift verwenden, bereitete. Die Ministerpräsidentin lehnt in Übereinstimmung mit den meisten politischen Kreisen der Mitte und der Rechten in Chişinău eine „Föderalisierung“ als Lösung des Konflikts ab. Sie scheint die wachsenden Befürchtungen zu teilen, dass das erneute Engagement des stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Dmitri Kosak bedeutet, dass Moskau versuchen wird, das Kosak-Memorandum wiederzubeleben. In ihren jüngsten Äußerungen zur Transnistrienfrage betonte die Ministerpräsidentin, dass jedwede Lösung des Konflikts

28 Vgl. Sandu to Analyze Shoigu's Visit to Moldova, Regional Trends Analytics, 27. August 2019, unter: <https://regtrends.com/en/2019/08/27/sandu-to-analyze-shoigu-s-visit-to-moldova/>; Vladimir Solov'ev, Rossija dast boj svoim boepripasam. Minoborony RF predlagaet uničtožit' arsenaly v Pridnestrov'e [Russland wird seine Munition bekämpfen. Russisches Verteidigungsministerium schlägt vor, Arsenale in Transnistrien zu zerstören.], Kommersant, 24. August 2019, unter: https://www.kommersant.ru/doc/4072458?from=four_mir.

die Korruption beenden müsse, die durch den Schmuggel durch die Region Transnistrien gefördert wird.²⁹

Seit Juni wird das Transnistrien-Ressort vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Vasili Șova geleitet, der unter Präsident Wladimir Woronin quasi denselben Posten innegehabt hatte und zuletzt (seit 2017) als Berater von Präsident Dodon in dieser Frage fungierte. Șova ist unter transnistrischen und russischen Verhandlungsführern wohlbekannt (was für Vertreter anderer politischer Parteien in Moldau nicht immer als positive Empfehlung gilt) und hat Dodon in den letzten zwei Jahren bei vielen seiner Treffen im Kreml begleitet. Șova war in den 1990er und 2000er Jahren mit der Transnistrien-Frage befasst und besitzt somit – wie jeder moldauische Offizielle – ein institutionelles Gedächtnis hinsichtlich der Höhen und Tiefen des Konfliktlösungsprozesses.

Șova war angeblich die treibende Kraft hinter der Ausarbeitung des „Umfassenden Pakets für Moldau“ und dessen Verteilung durch Präsident Dodon auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019. Diese Initiative zielt auf die Schaffung eines günstigen internationalen Umfelds ab und ruft insbesondere zu einer Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland auf, von der beide Seiten profitieren, um so die Reintegration der Region Transnistrien in eine international anerkannte neutrale Republik Moldau zu fördern.³⁰ Dodon und Șova werben seit über einem Jahr für verschiedene Varianten dieses allgemeinen Ansatzes, ohne dass der Vorschlag bislang auf nennenswerte Resonanz in der moldauischen Bevölkerung und in den politischen Kreisen des Landes gestoßen ist. Die Initiative fand auch in München nicht die Aufmerksamkeit, die die Moldauer erhofft hatten, dürfte jedoch wahrscheinlich auch weiterhin den generellen Ansatz widerspiegeln, den die PSRM als Partner in der neuen Regierung vermutlich verfolgen wird.

Die OSZE setzt währenddessen ihren aktiven, ergebnisorientierten Ansatz für den Konfliktlösungsprozess fort. Die Regierungskrise in Chișinău hat die Arbeit der Experten zwar verlangsamt, aber nicht völlig zum Erliegen gebracht. Im Laufe des Frühjahrs brachten transnistrische Unterhändler mehreren Besuchern aus dem Westen gegenüber ihre Frustration darüber zum Ausdruck, dass Moldau so lange brauchte, um eine neue Regierung zu bilden und die Arbeit nach den Wahlen fortzusetzen.³¹ Tatsächlich wurden die Kontakte und die

29 Vgl. Government of Republic of Moldova, OSCE prepared to provide assistance in process of withdrawing ammunition from Transnistria's Cobasna depot, 11. September 2019, unter: <https://gov.md/en/content/osce-prepared-provide-assistance-process-withdrawing-ammunition-transnistrias-cobasna-depot>.

30 Presentation of the Idea of „Comprehensive Package for Moldova“, International Security Conference (Munich, February 2019) war ein kleines Buch, das von der moldauischen Delegation unter der Leitung von Präsident Dodon in rumänischer, russischer, englischer, deutscher und französischer Sprache an die Delegierten auf der Münchner Sicherheitskonferenz verteilt wurde. Die Initiative wird zumeist nach seinem gekürzten russischen Titel als „Bol'soj Paket“ bezeichnet.

31 Äußerungen transnistrischer Verhandlungsführer und von Vertretern der OSZE gegenüber dem Autor, April-Mai 2019.

Arbeit relativ schnell wieder aufgenommen, nachdem die Juni-Krise überwunden war. Am 12. Juli reisten Vertreter der Vermittler, darunter der Sonderbeauftragte Frattini, und der Beobachter nach Chişinău und Tiraspol und trafen mit Präsident Dodon, Ministerpräsidentin Sandu, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Şova, Transnistriens politischem Führer Wadim Krasnoselski sowie dem transnistrischen Chefunterhändler Witaly Ignatjew zusammen. Şova und Ignatjew einigten sich darauf, die „1+1“-Treffen bald wieder aufzunehmen (eines davon fand am 24. Juli statt). Alle Teilnehmer sprachen sich für die Möglichkeit eines formellen „substanziellen“ 5+2-Treffens in Bratislava innerhalb der nächsten drei Monaten sowie für eine von der OSZE-Mission organisierte Klausurtagung für die Mitglieder der Expertengruppe im Herbst in Bayern (Deutschland) aus.³²

Eine andere Entwicklung gegen Ende des Sommers, die ein seit Langem bestehendes Sicherheitsproblem betraf, eröffnete etwas unerwartet die Möglichkeit für weitere Fortschritte im Konfliktlösungsprozess. Der einzige Zweck eines Teils der kleinen Einheit der russischen Streitkräfte in Moldaus Region Transnistrien besteht darin, in dem Dorf Colbasna ein Waffendepot zu bewachen, in dem sich rund 22.000 Tonnen Munition aus der Zeit des Kalten Krieges befinden. Etwa die Hälfte der ursprünglich in Colbasna gelagerten Munitionsbestände wurde mithilfe von Mitteln aus dem Freiwilligen Fonds der OSZE und mit der Unterstützung der OSZE-Mission in die Russische Föderation verbracht. Der letzte Zug mit Munition verließ Moldau jedoch im März 2004 in Richtung Russland. Seitdem hat es keine weiteren Transporte und seit über einem Jahrzehnt auch keine internationale Inspektion der Munition mehr gegeben. Obwohl das Thema gelegentlich in der OSZE und unter den Teilnehmern des Prozesses zur Beilegung des Transnistrienkonflikts erörtert wird, haben diese Diskussionen zu nichts geführt.

Dann jedoch schlug Russlands Verteidigungsminister Schoigu laut Präsident Dodon bei seinem Besuch in Moldau am 24. August die Zerstörung der in Colbasna gelagerten Munition vor.³³ Während eines Treffens mit Außenminister Popescu am 11. September bestätigte Russlands Außenminister Sergej Lawrow, dass Schoigu einen solchen Vorschlag gemacht habe, und fügte hinzu, dass sowohl Präsident Dodon als auch Transnistriens politischer Führer Krasnoselski den Vorschlag begrüßt hätten.³⁴ Lawrow zufolge sah Schoigus Vorschlag vor, zumindest einen Teil der Munition zu zerstören, da sie aufgrund

32 Vgl. OSCE, Joint Statement by the mediators and the observers in the Permanent Conference on Political Issues in the Framework of the Negotiation Process on the Transnistrian Settlement in the 5+2 format following their 12 July 2019 visit to Chisinau and Tiraspol, Chişinău, 12. Juli 2019, unter: <https://www.osce.org/chairmanship/425576>; ein Foto des 1+1-Treffens am 24. Juli 2019 befindet sich unter: Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), Conflict prevention and resolution, unter: <https://www.osce.org/mission-to-moldova/104529>.

33 Vgl. Solov'ev, a.a.O. (Anm. 28).

34 Vgl. The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Rede und Antworten des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach den Verhandlungen mit dem Minister für Äußeres und europäische Integration der Republik

ihres Alters und ihres sich stetig verschlechternden Zustands für den Rücktransport nach Russland – anders als zu Beginn der 2000er Jahre – möglicherweise ungeeignet war. Weder Lawrow noch Schoigu haben Einzelheiten dieses russischen Vorschlags bekannt gegeben. Die Initiative wurde von der OSZE begrüßt, und Generalsekretär Thomas Greminger kündigte für den 17.-19. September einen Besuch in Chişinău und Tiraspol an, um den Konfliktlösungsprozess und insbesondere die vorgeschlagene Zerstörung der Munition zu erörtern.³⁵

Fazit

Es ist zweifellos zu früh, um bereits irgendwelche Ergebnisse der von Russland erneut in Aussicht gestellten Entfernung oder Vernichtung der in Colbasna gelagerten Munition vorherzusagen. Was diese neue Entwicklung bedeuten kann, ist jedoch klar. Erstens wurden im Laufe der letzten drei bis vier Jahre zwar große Fortschritte im Konfliktlösungsprozess erzielt, doch haben sich die Vertreter Transnistriens jeglicher Diskussion über die Statusfrage standhaft widersetzt, während die Vertreter Russlands ihrerseits – trotz anhaltender und regelmäßiger Forderungen Chişinăus, die letzten noch in Transnistrien stationierten russischen Truppen abziehen – generell die Erörterung von Sicherheitsfragen vermieden haben. Zweitens sind die Munitionsbestände in Colbasna – das einzige Überbleibsel der während des Kalten Krieges in Moldau stationierten sowjetischen Streitkräfte – ein anhaltendes Hindernis für den Abzug der russischen Truppen, da Moskau darauf besteht, dass sie zur Bewachung der Anlage dort verbleiben. Einen Erfolg der nächsten Verhandlungen kann zwar niemand vorhersagen, mit der Beseitigung der Munition würde jedoch ein wesentliches Hindernis für weitere Fortschritte aus dem Weg geräumt. Die OSZE verfügt über die finanziellen Mittel, um diesen Vorgang zu unterstützen; wie groß der politische Willen dazu ist, muss sich hingegen erst noch zeigen.

Auf allgemeinerer Ebene geben die Ablösung der PDM-Regierung, Plahotniucs Flucht sowie die Bildung und die ersten Schritte der ungewöhnlicher Regierungskoalition Moldaus Anlass zu Optimismus, werfen aber auch Fragen auf. Erstens: Man kann hoffen, aber nicht davon ausgehen, dass die Koalition und der hinter ihr stehende internationale Konsens Bestand haben werden. Moldau hat die große Chance, im Kampf gegen Korruption und für mehr Rechtsstaatlichkeit die längst überfälligen Fortschritte zu erzielen. Erfolge in diesen Bereichen würden einen Dominoeffekt in anderen Bereichen auslösen,

Moldau, Niculae Popescu, am 11. September 2019 in Moskau, 11. September 2019, unter: https://www.mid.ru/en/press_service/minister_speeches/asset_publisher/7OvQR5KJWVmR/content/id/3782852?p_p_id=101_INSTANCE_7OvQR5KJWVmR&_101_INSTANCE_7OvQR5KJWVmR_languageId=de_DE.

35 Vgl. Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), OSCE Secretary General Thomas Greminger to visit Republic of Moldova from 17 to 19 September, Chişinău, 16. September 2019, unter: <https://www.osce.org/mission-to-moldova/429857>.

und auch den Konfliktlösungsprozess positiv beeinflussen. Doch auch das Risiko eines Scheiterns, eines Rückfalls und einer erneuten oder anhaltenden Krise bleibt hoch, und die internationale Aufmerksamkeit wird zwangsläufig auf diese Themen gerichtet bleiben.

Zweitens: Einer der Faktoren, die zu den jüngsten Fortschritten im Beilegungsprozess beigetragen haben, war wohl oder übel die Zusammenarbeit zwischen den politischen Führern bzw. den Oligarchen: Plahotniuc in Moldau, Petro Poroschenko in der Ukraine und der Sheriff-Chef Wiktor Guschan in Transnistrien. Da sowohl Poroschenko als auch Plahotniuc nun von der Bildfläche verschwunden sind, ist nicht ganz klar, wie sich diese Veränderungen in Kiew und Chişinău auf den Konfliktlösungsprozess auswirken werden.

Drittens: Russland auf der einen sowie die EU und die USA auf der anderen Seite haben ein bemerkenswertes Maß an Einigkeit sowohl bei der Lösung der politischen Krise im Juni in Chişinău als auch in Bezug auf die Richtung des Konfliktbeilegungsprozesses und der 5+2-Gespräche im Allgemeinen gezeigt. Der aktuelle Status sowohl der Ost-West- als auch der transatlantischen Beziehungen wirft unweigerlich die Frage auf, ob und wie lange ein solches Einvernehmen aufrechterhalten werden kann. Damit soll nicht behauptet werden, dass die Einigkeit zwischen den Vermittlern und den Beobachtern im Prozess der politischen Beilegung zwischen Moldau und Transnistrien auf der Strecke bleiben wird, sondern dass sie in der heutigen OSZE – ja, in der heutigen Welt – höchst ungewöhnlich ist und begrüßt und gepflegt werden sollte.

Kurz nach Redaktionsschluss zerbrach Mitte November 2019 die Links-Rechts-Koalition in Moldau. Unmittelbarer Anlass hierfür war ein Streit über die Ernennung eines neuen Generalstaatsanwalts. Dem Sturz der Regierung war jedoch ein langwieriger Streit innerhalb der Koalition über die Reform des Justizsystems vorausgegangen. Die Regierung Sandu wurde durch eine „technokratische“ Minderheitsregierung ersetzt, die sich größtenteils aus hochrangigen Mitarbeitern von Präsident Dodon und PSRM-Kollegen zusammensetzte. Die neue Regierung wurde im Parlament von der PDM unterstützt, jedoch beteiligten sich Plahotniucs ehemalige Kollegen weder formell an der Regierung, noch bildeten sie eine formelle Parlamentsfraktion mit der PSRM. Die Zukunft dieser neuen Regierung ist unklar, und Moldaus Innenpolitik bleibt tief gespalten und problematisch.